

HAUPTTHEMA

Chaos und Konturen in der Bildungslandschaft 5

Referat von Dr. Anton Strittmatter, PA LCH

1. Das Ringen um Koordination und Autonomie 5
2. Das Ringen um Auftragsklarheit 6
3. Das Ringen mit der Heterogenität 6
4. Das Ringen um die Qualitätssteuerung 7
5. Das Ringen um die neue Lehrerbildung 8

Zusammenfassung des Referates «Konturen in der Bildungslandschaft Graubünden» 10

Regierungsrat Claudio Lardi

Protokoll der Delegiertenversammlung des Verbandes Lehrerinnen und Lehrer Graubünden 11

Beatrice Baselgia, Sekretariat LGR

1. Begrüssung 11
2. Protokoll der DV vom 23. September 2005 in Thusis 12
3. Bericht der Geschäftsleitung 12
4. Orientierung über anstehende Geschäfte 12
5. Finanzielles 15
6. Wahlen 16
7. Anträge von Schulhausteams und Fach- und Stufenkonferenzen 16
8. Mitteilungen und Umfragen 17

Erfolgsrechnung 1. 9. 2005 bis 31. 8. 2006 20

Budget 1. 9. 2006 bis 31. 8. 2007 21

Pagina Rumantscha 22

- Plema d'aur 2007 – Miur romontscha 2007 22
- Allegra rumantsch 22
- Quiz da tastga 23
- SFS-Junior 23

Pagina Grigionitaliana 24

- Dai libri alla nuda terra
- Gerry Mottis

I N H A L T

DIVERSES

Bündner Lehrer-Volleyballturnier
2006 25

Vorinformation: Bezirkskonferenzen
der Sekundarstufe I Graubünden 25

Schulverweigerung – das Thema
des Herbstanlasses des SBGR 26

«Es ist Zeit für Bubenarbeit!» 26

4. LISSA-Preis 26

Studienreise Berlin:
Umgang mit Heterogenität 27

Leserbrief: «Sicherung und
Förderung der Unterrichtsqualität
an romanischen Schulen» 29

«Bündner unterstützen
Bündner Hirnwellenforschung» 29

Pfadfinder in Graubünden 30

Mit ÖKK in bester Gesellschaft 32

ch-Jugendaustausch:
Austausch mit Kanada 32

AMTLICHER TEIL

Valutazioni e promovimento
scolastico nei Grigioni 33

Valütaziun e promoziun
da las scoulas popularas in Grischun 34

Schulbeurteilung und -förderung
im Kanton Graubünden 35

Mitteilungen aus dem Amt
für Volksschule und Sport 37

Neu im Sortiment
von Lehrmittel Graubünden 38

Kiffen, rauchen, saufen:
Jugendliche im Vollrausch 39

Sprachheilschule St. Gallen:
Besuchsnachmittage
in St. Gallen und Uznach 39

Chaos und Konturen in der Bildungslandschaft

Ein Versuch, Übersicht zu schaffen, damit produktives Engagement möglich wird

Referat von Dr. Anton Strittmatter (PA LCH, Biel/Bienne) an der DV LGR vom 22. September 2006 in Davos

Vor einer Woche wollte ich diesen Vortrag absagen. Aus Angst. Feigheit, vielleicht. Ich habe schliesslich Familie mit Kindern, und da bringt man sich nicht ohne Not in Gefahr. Anachronistisch, kryptisch, erpresserisch, exotisch, fanatisch, neurotisch und räuberisch sei dieses Bergvolk, warnte mich nämlich die «Weltwoche».

Die bündenstämmige Schwiegermutter unseres Nachbarn beruhigte mich dann allerdings mit dem Hinweis, die Schwiegermutter vom Berlusconi, das sei dieser bekannte Fernsehunterhalter von Italien, hätte kürzlich dort oben ein Haus gekauft; und diese Familie hätte ja mit Raubrittern wirklich gar nichts am Hut. Der Weltwoche könne man sowieso nicht trauen, die würden mit ihren Giftspritzen sowieso alles Schöne und Gute madig machen.

So bin ich denn einigermassen zuversichtlich-vertrauensvoll hierher, zum Schönen und Guten, gereist. Allerdings mit einem Referatstitel, der paradoxerweise wieder nach Weltwoche-Syndrom klingt. Nur gibt's da einen wesentlichen Unterschied: Ich kann und will nicht um jeden Preis originell sein. Denn mit Blick auf die Schweizer Bildungslandschaft über Chaos zu sinnieren, erscheint doch ziemlich unoriginell – eher gewohnt, altvertraut und also langweilig. Kommt hinzu, dass ich – wohnhaft am Jura-fuss – nicht im Sinn habe, einen Kommentar zum Bündner Bildungswesen abzugeben. Das wäre nicht nur unhöflich, sondern anmassend – und vielleicht auch etwas riskant. Siehe oben.

Der LGR hat von mir ein Übersichtsreferat bestellt, eine Orientierungshilfe. Das macht Sinn. Im Schulalltag begegnet einem Vieles, von dem man nicht so genau weiss, was da abgeht, woher das kommt, welchen Nutzen das haben wird oder welche Risiken und Nebenwirkungen da mitgeliefert werden. Ich nehme Sie also gewissermassen mit auf einen Aussichtspunkt mit Über- und Weitblick, damit Sie dann im Tal unten dem was passiert besser begegnen können, es informiert-wohlwollend willkommen heissen oder informiert-kritisch abweisen oder

informiert-engagiert umpolen oder durch was Besseres ersetzen können.

Ich werfe einen Blick auf die Bildungslandschaft Schweiz mit Schwerpunkt Deutschschweiz. Es liegt an Ihnen und anschliessend an Ihrem Bildungsdirektor, sich jeweils betroffen zu fühlen oder aber zufrieden festzustellen, dass dieses oder jenes Problem für Sie nicht oder anders zutrifft oder bereits einer glücklichen Lösung zugeführt wurde.

Die Metaphern «Chaos» und «Konturen» habe ich eher intuitiv gewählt, weil sie eben die Gefühle treffen, die mich zurzeit als Beobachter der bildungspolitischen Szene befallen.

Chaos: In der Mythologie, etwa in der Schöpfungsgeschichte oder bei den alten Griechen bezeichnet Chaos den «Zustand vollständiger Unordnung oder Verwirrung», aber auch eine Art gedanklicher Brei als Quelle schöpferischen Tuns. In der Mathematik und Physik sind chaotische Systeme nicht lineare dynamische Systeme. Berühmte Beispiele sind etwa der Schmetterlingseffekt beim Wetter, Turbulenzen, Wirtschaftskreisläufe, bestimmte Musterbildungsprozesse, wie beispielsweise die Erosion, aber auch neuronale Netze und damit letztlich auch menschliches Verhalten. Bildungssysteme müssen, in dieser Betrachtungsweise, zwangsläufig zu den chaotischen gezählt werden.

Konturen: Das Gegenstück zum Chaos war bei den alten Griechen der Kosmos, das Wohlgeordnete.

Unsere Alltagserfahrung weiss um die Zuspaltung von Chaos und Ordnung. Chaotische Zustände werden zumeist als eher unangenehm erlebt. Wir sehnen uns dann nach Konturen, nach Fixpunkten, nach Berechenbarkeit. Und gleichzeitig haben wir alle auch die Erfahrung, dass eben produktive, kreative Entwicklungen nicht aus der Ordnung sondern eher aus dem Chaos kommen. Und dass stabile Ordnungen rasch

mal beengend wirken, einschränkend, langweilig, eben das Gegenteil von Lebendigkeit sind.

Weder chaotische Zustände noch geordnete sind also per se gut oder schlecht. Im pädagogischen Handeln geht es um das Mass. Wir können nicht wirklich eine verlässliche pädagogische Arbeit leisten, wenn die Aufträge wie auch die Rahmenbedingungen immer nur im Fluss sind, aus Widersprüchlichkeiten und Ungereimtheiten bestehen. Und wir können ebenso nicht wirklich pädagogisch wirken, wenn alles logisch, geschlossen und linear bestimmt ist.

Durchaus im Sinne dieser Ambivalenz versuche ich nun den Überblick über die Bildungslandschaft. Der Sucher ist programmiert auf die Frage, wo denn vor allem **Brennpunkte des Ringens zwischen Chaos und Ordnung** auszumachen sind. Dabei lenke ich den Blick auf fünf solche Brennpunkte, die mir gut erlebbar und von grosser Zukunftsbedeutung erscheinen. Andere Beobachter hätten vielleicht anderes ausgewählt. Das ist nicht in meiner Verantwortung, denn Sie haben mich gewählt. Vergleichen Sie aber durchaus kritisch Ihre eigenen Praxiswahrnehmungen mit dem Angebot, das ich Ihnen jetzt mache.

1. Das Ringen um Koordination und Autonomie

Das EDK-Konkordat von 1970 ist in die Jahre gekommen, ist in einigen Punkten auch nie eingelöst worden. Deutliche Koordinationserfolge hat die EDK vor allem im Bereich der Diplomanerkennungen und im höheren Bildungswesen erzielt. Was Auftrag und Struktur der Volksschule anbelangt, ist wenig Fortschritt beobachtbar. Es gab Angleichungen (z. B. im gegenseitigen Abschreiben von Lehrplänen), aber auch Bewegungen des Auseinanderdriftens der Kantone. Mit dem neuen Bildungs-Rahmenartikel in der Bundesverfassung und den neuen Konkordaten, die jetzt grad in Vernehmlassung stehen, soll ein Quantensprung in der Schulkoordination veranstaltet werden. Namentlich das Harmons-Kon-

kordat verspricht endlich Angleichungen in der Dauer und Stufung des Schulwesens sowie in Bezug auf die Lehrpläne. Ob sich das alles dann auch so durchsetzen lässt, bleibt offen. Optimismus ist dennoch angebracht.

In den Kantonen selbst findet ein ähnliches Ringen statt, allerdings gewissermassen mit umgekehrten Vorzeichen. Praktisch alle Kantone singen seit einigen Jahren das Hohelied der Schulautonomie, reden von teilautonomen geleiteten Schulen und haben dazu auch Konzepte veröffentlicht und dafür ihre Schulleitungen ausgebildet. Gleichzeitig melden sehr viele Schulen, dass sie noch nie in ihrer Geschichte so viele Leitfäden und Meldeformulare um die Ohren gekriegt hätten, dass noch nie eine so intensive fürsorgliche Belagerung unter Titeln wie externe Schulevaluation, Unterstützungsdienste etc. stattgefunden hätten. Bei näherem Hinschauen wird auch sichtbar, dass mit Schulautonomie nirgendwo das gemeint war, was das Wort verspricht und in anderen Ländern auch ist, nämlich eine Autonomie der Schulen: Es gibt hierzulande immer noch keine öffentlichen Schulhäuser mit eigenem Rechtsstatus. Schulautonomie entpuppt sich, wenn schon, als Gemeindeautonomie, innerhalb derer es nicht wirklich eine Autonomie der Schulen gibt. Dem Katalog von Themen, über welche die Schulen künftig selbst bestimmen sollten, steht ein noch grösserer und immer noch anschwellender Katalog von Leistungszielen, Organisationsvorschriften sowie Evaluationskriterien und -indikatoren gegenüber, welche im Langzeiteffekt auf die Schulen faktisch als obrigkeitliche Vorschriften wirken. Hier, auf dieser Ebene, scheint mir der Ausgang des Ringens noch wesentlich unbestimmter als auf der Ebene der interkantonalen Schulkoordination.

2. Das Ringen um Auftragsklarheit

Lehrerinnen und Lehrer stehen heute in einer Vielfalt und Widersprüchlichkeit von Aufträgen. Naivlinge würden sagen, aber der Auftrag stehe doch im Lehrplan. Tatsache ist: Nach allen Lehrplanevaluationen in der Deutschschweiz ist der Lehrplan nur für gut einen Drittel der Lehrerschaft eine wirklich steuernde Leitschnur. Wer sich subjektiv vermeintlich an den Lehrplan hält, muss bald mal zur Kenntnis nehmen,

dass Kolleginnen und Kollegen zur Linken, zur Rechten, unten oder oben denselben Lehrplan ganz anders deuten. Gesteuert wird das Ganze eher durch eine Vielfalt von Parallel-«Lehrplänen» – den obligatorischen oder vorherrschenden Lehrmitteln, den Prüfungsnormen von abnehmenden Schulstufen, den Vergleichsarbeiten und den eigenen fachdidaktischen Ideen. Und die sind nicht immer in Einklang mit dem Lehrplan. Frägt man drei Lehrer nach der Bedeutung der im Lehrplan als verbindlich markierten Lernziele, kriegt man drei verschiedenen Antworten: für den ersten Lehrer sind das die Fähigkeiten, welche möglichst alle Schüler auf dieser Stufe erreichen müssen; für die zweite Lehrerin ist das ein unmöglicher, übertriebener Anspruch, «obligatorisch» bedeute eher eine Art Bemühenspflicht, Lernchancen geben, hier sei redliches Bemühen und nicht unrealistische Erfüllungspflicht angesagt; und der dritte Lehrer geht davon aus, dass dieser Stoff halt einfach «durchgenommen werden muss», es gelte also «Behandlungspflicht». Kommen die auf vielerlei Wegen in die Schule hinein wirkenden unterschiedlichen Ansprüche der Eltern oder der abnehmenden Lehrbetriebe hinzu. Von den zunehmend mehr verbreiteten Tests (Klassencockpit, Stellwerk, Basic-Check etc.) ist nachweislich nicht bekannt, welche curriculare Validität sie aufweisen, oder einfacher gesagt: was da wirklich gemessen wird und ob das wirklich dem Kernauftrag der Schule gemäss Lehrplan entspricht. Am Ende bleibt in diesem Tollhaus eigentlich nur noch das persönliche pädagogische Gewissen, die persönliche Bildungsüberzeugung. Das aber ist illegal, für diese Art von individueller pädagogischer Selbstverwirklichung sind die Lehrerinnen und Lehrer nicht angestellt.

Die frühere Freude an den faktischen Freiheiten ist mittlerweile einem kollektiven Leiden an dieser Diffusheit und Widersprüchlichkeit der Auftragslage gewichen. Der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) fordert schon seit vielen Jahren eine Fokussierung des Kernauftrags, um den Lehrberuf wieder professionell lebbar zu machen. Inzwischen hat die EDK mit dem Projekt HarmoS, mit der Entwicklung von Kompetenzmodellen und Mindeststandards (neuerdings Basisstandards genannt) einen Schritt in die geforderte Richtung gemacht. Das Vorhaben weist Unsicherheiten

und Gefahren auf. Unsere Haltung ist jedoch die, dass es eigentlich keine zukunfts-fähige Alternative zu diesem Ansatz gibt. Wir müssen ihn zum Gelingen bringen. Und mit «wir» meine ich die hierfür absolut notwendige Koalition zwischen der Lehrerschaft und den bildungspolitischen Verantwortlichen. Entsprechend notwendig ist denn auch die Umsetzung und inhaltliche Verbreiterung des HarmoS-Ansatzes in Form des beschlossenen Deutschschweizer Lehrplans. Der LCH verlangt nachdrücklich für die bei HarmoS ausgeklammerten Fächer die gleiche sorgfältige Bearbeitung im Rahmen des Deutschschweizer Lehrplanprojekts. Mit diesen Auftragsklärungen muss dann aber unbedingt eine konsequente Politik des Primats der Lehrpläne verfolgt werden. Das heisst, dass der Staat den Lehrplan als zentrale Auftragserteilung schützen muss, es nicht mehr zulassen darf, dass dieser neue Lehrplan flugs wieder durch andere staatlich geförderte oder tolerierte Konkurrenzlehrpläne geschwächt oder gar ausser Kraft gesetzt wird. Sonst wären wir dann in ein paar Jahren wieder gleich weit wie heute.

3. Das Ringen mit der Heterogenität

Schulklassen waren schon immer heterogen zusammengesetzt und nie homogen förderbar. Während vieler Jahrzehnte durfte dieses Wissen aber verdrängt werden. Mit dem Jahrgangsklassen-System verbunden war die gewissermassen offizielle Erlaubnis, gleichaltrige Schüler für gleich beschulbar zu halten und einen entsprechenden Gleichschritt-Marsch-Unterricht zu veranstalten. Die Meinung war, dass das für das sogenannte Gros der Klasse angemessen und erfolgreich sei. Die paar, die da nicht mitkommen, fangen wir dann durch heilpädagogische Reparaturwerkstätten auf; die paar, die dabei unterfordert werden, sind zu vernachlässigen und werden es später irgendwie schon selbst schaffen. So lautete die Meinung.

Inzwischen ist klar geworden: die Heterogenität ist real noch grösser geworden, als sie jemals war. Dies ist einerseits bedingt durch die fortgeschrittene entwicklungspsychologische «Akzeleration», das heisst die ungleich rasche oder langsame Entwicklung der gleichaltrigen Kinder, und andererseits durch die zunehmend multikulturelle Situation in den Schulklassen sowohl innerhalb

der Schweizer Population wie auch bezüglich der ausländischen Population. Die Augen endgültig geöffnet haben dann die PISA-Erhebungen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass zweihundert Jahre Chancengleichheitsbemühungen praktisch nichts gefruchtet haben, dass die Schule mehr oder weniger die milieubedingten Startvoraussetzungen reproduziert, dass dabei bis zu zwanzig Prozent der Schülerinnen und Schüler (die sogenannte «Risikogruppe») die Fähigkeiten nicht mitbekommen, welche für das spätere Leben wesentlich wären. Und zunehmend zu einem volkswirtschaftlichen Problem werden – mal abgesehen von den individuellen Tragödien, die so entstehen. Kommt hinzu, dass wir besonders begabte Schülerinnen und Schüler nur sehr ungenügend so fördern können, wie sie es zugute hätten.

Die Bildungswissenschaften wissen schon lange, wie mit Heterogenität in Schulen produktiv umzugehen wäre. Der PISA-Schock hat leider nicht ein nachdenkliches, interessiertes Anzapfen dieses Wissens ausgelöst, sondern zunächst mal – und im nun wirklich zynischen Sinne gemeint – in chaotischer Weise einen populistischen Rezeptliemarkt ausgelöst. Da reisen nun seit ein paar Jahren selbsternannte Hirnspezialisten in der Gegend herum und verkünden das Hohelied der Frühförderung und des easy-learning im Fremdsprachenbereich. Wirtschaftsverbände fordern plötzlich Frühförderung und Tagesschulen, welche vor noch nicht allzu langer Zeit als sozialistischer Kinderraub und Gleichmacherei verdammt wurden. Man hat, nachdem man die wirtschaftsgünstigen Aspekte der Ausschöpfung des Frauenpotenzials entdeckt hatte, plötzlich ein Herz für Frühförderung und Chancengleichheit. Dabei wurde auch die alte Floskel von «Fordern und Fördern» ausgegraben, flugs daraus ein nationales Parteiprogramm gemacht, und verspricht sich eine Besserung durch verschärfte Notengebung und Abschlusstests. Andere sehen das Heil im «Blendet Learning», im vermehrten Einbezug der modernen Informationstechnologien in den Unterricht, während wieder andere ebenso originell sein wollen und die Verbannung des Computers aus der Grundstufe fordern, damit endlich wieder wirklich gelernt würde.

Tatsache ist, dass wir eine in der Fachwelt durchaus bekannte kluge Kombination ver-

schiedener Massnahmen brauchen. Die wichtigsten Punkte nennt der LCH im «Manifest für ein leistungsfähiges Bildungswesen» (auf www.lch.ch abrufbar). Und Tatsache ist auch, dass die Umsetzung dieser Massnahmen erhebliche zusätzliche Ressourcen erfordert. Da machen es sich Bildungspolitiker ein bisschen leicht, wenn sie bloss auf das Sparpotenzial bei der Bildungsverwaltung sowie auf den Verzicht auf teure Luxus-Schulbauten verweisen. Letzteres ist geradezu lächerlich angesichts des inzwischen bekannten künftigen Schülerrückgangs. Es schleckt keine Geiss weg, dass wenn wir wirkliche Verbesserungen im Sinne eines allgemein höheren Wirkungsgrades der Schule wollen, wir halt eben «finnische Verhältnisse» schaffen müssen:

- eine Umlagerung der Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer von der weltrekordverdächtigen Zahl von zu haltenden Pflichtlektionen hin zu einer seriöseren, das heisst mehr Zeit beanspruchenden Vor- und Nachbereitung des Unterrichts (was Pflichtlektionenzahlen von eher bei zwanzig als bei dreissig bedeutet),
- eine Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer durch eine unterstützende Schulleitung (heute leider in manchen Schulen stattdessen ein zusätzlicher Stressor),
- eine massive Verbesserung der sogenannten Betreuungsverhältnisse (in erfolgreichen Ländern bei 2,0 Lehrpersonen pro Klasse statt bei 1,2 bis 1,5, wie wir das heute haben);
- und selbstverständlich braucht es Tagesbetreuungs-Strukturen, welche die Förderbarkeit der Kinder weniger abhängig vom Umfang und Niveau der elterlichen Präsenz zu Hause macht.

Wir müssen mit vereinten Kräften darlegen, wie rentabel diese Mehrausgaben eben als Investition sowohl in die Volkswirtschaft wie auch in die Erhaltung und Weiterentwicklung unserer demokratischen Staatsform sowie auch in das Wohlbefinden der jungen Menschen ist.

4. Das Ringen um die Qualitätssteuerung

Unsere Gesellschaft ist seit Jahren von tiefen Unsicherheitsgefühlen geschüttelt. Zukunftssängste dominieren und schaffen die Sehnsucht nach Sicherheiten, nach Berechenbarkeiten. Das ist der Nährboden auf dem der ganze bunte Jahrmarkt der Quali-

tätsmanagementsysteme wachsen konnte. Dafür wird momentan in den meisten Kantonen fast unbeschränkt Geld locker gemacht. Schulmanagement, Qualitätsmanagement verspricht Management. Kommt vom Lateinischen «manum agere», Italienisch «maneggiare», bedeutet: etwas in Händen, im Griff haben. Der Blick in die Landschaft zeigt, dass bislang vor allem oder fast ausschliesslich in externe Fachstellen investiert wird, weil diesen mehr zugeutraut wird, die geforderte öffentliche Versicherung abzugeben, als man es Systemen der professionell gemachten Selbstevaluation der Schulen zutraut. Dies im Gegensatz zur Wirtschaft, welche fast ausschliesslich Selbstevaluationssysteme installiert hat. Und diese ganzen Investitionen stehen überdies im Gegensatz zur Tatsache, dass fast alle dieser Systeme im Ausland bereits nachhaltig gescheitert sind.

Wir haben es mit einer anhaltenden Krise der Schulaufsicht zu tun, welche eine neue Politik mit mehr als spekulativer, das heisst mit gut begründeter Erfolgsaussicht noch nicht gefunden hat. Die Krise wird mit Sicherheit noch einige Jahre andauern. Beispiel: Die EDK hat eine Studiengruppe beauftragt, Empfehlungen an die Kantone in Form eines Leitfadens für die Qualitätsevaluation bzw. das Qualitätsmanagement im Schulwesen zu entwickeln. Die Mitglieder dieser Studiengruppe liegen sich seit Monaten in den Haaren. Der Konsens scheint nur durch Hinaufschrauben des Abstraktionsniveaus bis zur Banalität allgemeiner Aussagen herstellbar. Ein erster Entwurf hat an einer Tagung in diesem Frühling bei den kantonalen Verantwortlichen nur Kopfschütteln geerntet: da sei man im Kanton alleweil schon meilenweit weiter. Die Interessen, die Unbeholfenheiten und die sehr unterschiedlichen Aufsichtstraditionen in den Kantonen scheinen eine Verständigung sehr schwierig zu machen.

Es bleibt auch hier nichts anderes übrig, als mit der Zeit zu einer wenigstens kantonal kohärenten Qualitätspolitik zu finden. Und diese muss nach allen internationalen Erfahrungen konsequent dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet sein. Dies bedeutet: Ausschöpfen aller Möglichkeiten der Qualitätsentwicklung und Qualitätsevaluation bei den Lehrpersonen und an den Schulen selbst; und dann auf den oberen Ebenen nur mehr *das* ergänzend durch Fachstellen

tun, was erwiesenermassen (ich betone: «erwiesenermassen», und nicht «vermutlich») die Schulen nicht selbst leisten können. Im Moment gehen die meisten Kantone den umgekehrten Weg, zumal es der EDK-Vorstand schriftlich abgelehnt hatte, vom Primat der Selbstevaluation auszugehen. Es ist zu hoffen, dass solche Um- und Irrwege dann doch noch auf den Pfad der Tugend zurückfinden.

Ein nicht unwichtiger Teilaspekt dieses Themas ist die Zukunft der kommunalen Laien-Schulbehörden. Mit dem unaufhalt-samen Ausbau einerseits der Schulleitungen und anderseits der kantonalen und interkantonalen Lenkungsinstrumente gerät nun nach dem Inspektorat auch diese Einrichtung in die Krise. Zwar wird da in vielen Kantonen von operativer Führung durch die Schulleitung und strategischer Führung durch die kommunale Schulbehörde gefaselt. Dieses strategische Organ stellt dann aber nach kurzer Zeit frustriert fest, dass sämtliche strategischen Optionen, die diesen Namen verdienen, vom Kanton besetzt werden, und der kommunalen Behörde mit Ausnahme des Baus und Unterhalts der Räume und Einrichtungen kaum was übrig bleibt. Der Kanton Solothurn hat diese Behörde nun vor kurzem de facto abgeschafft, ein zweiter (Basel-Stadt) hat dieses Ansinnen momentan in Vernehmlassung und wird das wohl auch so durchziehen. Angesichts der Tatsache, dass kein anderes Land der Welt mehr solche kommunalen Schulbehörden mit den hergebrachten Funktionen kennt, wäre dem nicht nachzutruern. Man kann ohne Zweifel auch ohne diese Einrichtung eine gute, leistungsfähige Schule veranstellen. Andererseits lohnt sich unbedingt ein vertieftes Nachdenken über das, was da passiert bzw. über das, worum es da geht, welches Kind man vielleicht gerade mit dem Bade ausschüttet. Strategische Schulführungsfunktionen, die mit der Qualität der Schule zu tun haben, werden die Gemeinden künftig wirklich nicht mehr haben. Und operative schon gar nicht. Wenn man jedoch das Konzept öffentliche Volksschule ernst nimmt, wird man nicht darum herum kommen, die alte aufklärerische Idee der Edukative, eines Elements der Laienbeteiligung an dieser Volksschule neu zu prüfen und womöglich neue, zukunfts-gerechte Formen des Einbezugs der Bevölkerung und namentlich der Eltern finden müssen.

5. Das Ringen um die neue Lehrerbildung

Mit den «Empfehlungen zur Lehrerbildung und zu den Pädagogischen Hochschulen» der EDK vom 26. Oktober 1995 ist eine epochale Reform in diesem Bereich ausgelöst worden. Die über 60 Lehrerinnen- und Lehrerseminare sind verschwunden, die Landschaft besteht seit einem Jahr nur mehr aus weniger als 20 pädagogischen Hochschulen. Man könnte sagen, die Tertianisierung sei formell abgeschlossen. Die meisten PH's haben inzwischen ihre formelle Anerkennung durch die entsprechenden Organe der EDK erhalten. Schaut man etwas näher in diese Landschaft, zeigen sich allerdings auch hier einigermassen dynamische, um nicht zu sagen chaotische Zustände:

- Auf allen Stufen hat sich ein Wildwuchs von Stufendiplomen und Fächerprofilen entwickelt, welcher die Anstellbarkeit der Absolventinnen und Absolventen über die Kantons-grenzen hinaus gefährdet. Es braucht hier dringlich eine verbindliche Koordination.
- Allen Anzeichen nach dürfte der für die Primarstufe vorgesehene Bachelor-Abschluss zum doppelten Non-Valeur werden: Die Fachhochschul-Abschlüsse (als was leider auch die PH-Abschlüsse gehandelt werden) haben generell Mühe, an den Universitäten beim Weiterstudium eine gebührende Anerkennung/Anrechnung zu finden. Dabei zeichnet sich generell ab, dass in einigermassen gehobenen Berufen (z. B. in der Juristerei oder im Wirtschaftsbereich) nicht mit Bachelors gerechnet wird, sondern der Berufszugang einen Master voraussetzt. Zumindest verhalten sich die Studierenden heute so. Hinzu kommt, dass einzelne PH's eine Aufnahme-politik betreiben, welche vom «Königsweg» gymnasiale Matur gemäss EDK-Anerkennungsrichtlinien abweicht, was das Hochschulprestige der PH's nicht fördert. Dies zusammen schafft die Gefahr, dass das Lehrdiplom für die Primarstufe im Quervergleich der Berufe, die zueinander in Konkurrenz stehen, keinen Zentimeter Sozialprestige gewinnt, wahrscheinlich sogar verliert. Das war gerade nicht die Idee der Tertianisierung.
- Insbesondere muss die Anrechnung von Abschlüssen in der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung durch die Universitäten

(Forderung: mindestens direkte Zulassung zum Master-Studium) wohl durch bildungspolitische Direktiven oder gar Gerichtsentscheide erzwungen werden. Es entspricht dem schon immer vertretenen standespolitischen Programm des LCH, jegliche Lehrerinnen- und Lehrerausbildungen, welche bezüglich Weiterbildung eine Sackgasse darstellen, abzulehnen bzw. zu öffnen.

- Der mit grossem Aufwand vorgenommenen Modularisierung von Lehrgängen entspricht nicht nur kein oder ein geringer Gegenwert bezüglich Durchlässigkeit zu anderen Studiengängen; es stellt sich auch die Frage, ob nicht bisherige Lehrgangsqualitäten (kohärenter Aufbau, organische Hinführung zu einem Berufsfeld) verloren gehen bzw. verloren gegangen sind. Und ob die Proportionen zwischen Lehren/Lernen und ständigen Modulabschlussprüfungen angemessen sind.
- Auch im Bereich der Nachdiplom-Weiterbildungen hat sich ein (noch grösserer) Wildwuchs entwickelt. Die NDK's und NDS' schießen ins Kraut, ohne dass ein Personalentwicklungs-Konzept zumindest auf kantonomer Ebene dafür eine Grundlage bieten würde. Zu befürchten ist, dass Leute mit solchen Abschlüssen Positionen besetzen, über deren Sinn und Unsinn nie politisch diskutiert und entschieden wurde; oder dass die Leute frustriert werden, weil ihre neuen Kompetenzen im System nicht gefragt sind. Es braucht dringlichst eine Diskussion über Laufbahnperspektiven im Lehrberuf (vom Beruf her gedacht), welche mit einem Personalbedarfs-Konzept des Bildungswesens (vom System her gedacht) ausreichend in Einklang ist.
- Im Bereich Weiterbildung zeichnet sich ein Rückschlag bezüglich der Frage der «Eigentümerschaft» der Weiterbildung ab: Ansätze eines freien Marktes von Anbietern, welche über die Nachfrage finanziert werden, und zwar aus Ressourcen, welche bei den Nutzern (Lehrpersonen, Schulen) sind, drohen wieder ganz zu verschwinden. Dies zugunsten eines Anbietermonopols bei den PH's, welche über die ganzen Mittel verfügen (mit Ausnahme von ein paar SchilW-Krediten). Die Anbieter verbrauchen dann einen schönen Teil der Mittel für Bürokratien, für teure Prospekte und für die Produktion

von Angeboten, die zur Hälfte nie zustande kommen. Auch hier sind Vorstösse fällig.

- Die mit der Tertiarisierung verbundene Erwartung einer besseren Verbindung von Praxis und Wissenschaftlichkeit (Konzept «praticien chercheur») ist bislang den Vollzugsnachweis schuldig geblieben. Der Blick auf die bestehenden Forschungsaktivitäten der PH's zeigt die schon von universitären Lehrerbildungsinstituten her bekannten Probleme: Zu kleine, unterkritische «Masse» für wirklich relevante Forschung; keine Forschungskoordination; nur sehr selten eine Verbindung von Forschung und Lehre, welche auch als berufliches Qualifizierungsfeld für die Studierenden angelegt ist.

Die meisten dieser Probleme sind breit erkannt und anerkannt. Die Schweizerische Konferenz der Direktorinnen und Direktoren der pädagogischen Hochschulen arbeitet daran, allerdings mit unterschiedlichen Erfolgsaussichten, weil eben zwischen verschiedenen pädagogischen Hochschulen nicht nur Zusammenarbeit, sondern auch Konkurrenz bis hin zu Kannibalismus herrscht. Die Universitäten, soweit sie mit diesen Problemen eben auch zu tun haben, sind prinzipiell von den kantonalen Behörden kaum steuerbar. Und das offene Geheimnis, dass da ein halbes Dutzend PH's viel zu klein geraten sind, um auf Dauer überleben zu können, wird wegen der drohenden politischen Heimatschutzdebatten noch eher unter dem Tisch gehalten. Im neuesten, aktualisierten Aktionsprogramm der EDK sind solche Probleme allerdings genannt. Es ist zu hoffen, dass dem geschilderten Wildwuchs langsam eine interkantonale politische Gestaltungskraft ent-

gegengesetzt wird. Insbesondere wird die Lehrerschaft sich wieder vermehrt in die Lehrerbildungspolitik einmischen müssen. Wir sind fast der einzige gehobene Sozialberuf, der nicht selbst bzw. massgeblich die Ausbildung des Nachwuchses reguliert bzw. mitreguliert. Es ist zum Wohle der Schulqualität notwendig, als Berufsorganisation dieses Thema wieder weiter oben auf die Traktandenliste zu setzen. Denn auch hier sollten wir langsam «finnische Verhältnisse» schaffen, wo die besten Gymnasialtinnen und Gymnasiasten Schlange stehen vor den Toren der Lehrerbildungs-Hochschulen, welche sie dann mit einem universitären Master-Abschluss verlassen und mit welchem sie ein sehr hohes gesellschaftliches Ansehen und damit den Respekt geniessen, der heute für eine fruchtbare Unterrichtsarbeit unverzichtbarer denn je geworden ist.

Ich habe jetzt vielleicht etwas viel vom Chaos geredet und bei den absehbaren Konturen und Ordnungen noch etwas viel im Konjunktiv bleiben müssen. Das liegt in der Natur der Sache. Schlecht ist das nicht unbedingt. Und wir sind solche Dynamiken ja mittlerweile gewohnt. Es bleibt hoch spannend, in dieser Branche berufstätig zu sein. Als Lehrerinnen und Lehrer geben wir den innewohnenden Versuchungen zum Jammern ob all dieser Unwägbarkeiten nur kurzzeitig nach. Unser professioneller Reflex ist, *mit* dem Chaos zu gehen, es anzusprechen, wo Scheinordnungen darüber hinweg täuschen wollen, und vermehrt unsere Tarife für die Auftragserfüllung unter solchen Umständen durchzugeben. Schwierige Zeiten, und die finden zweifellos im Moment statt, meistert man am besten mit beschwingter Leichtigkeit, mit

Humor und Festigkeit. Ich schliesse in diesem Sinne mit drei Zitaten.

Das erste – zur beschwingten Leichtigkeit – stammt vom Friedrich Nietzsche, dem Allosprach-für-jede-Gelegenheit-Zarathustra in den Mund gelegt: „Ich sage euch: Man muss immer noch Chaos in sich haben, um einen tanzenden Stern gebären zu können.“

Das Stichwort Stern führt zum nächsten Purzelbaum. Seglernationen wie die Bündner oder wir Innerschweizer wissen, dass die Achterdeck-Aufbauten von Schiffen «stern» heissen. Das erinnert mich an folgende Geschichte, deren Pointe ich der Lehrerschaft als Haltung in chaotischen Zeiten empfehle. Es handelt sich um die Abschrift eines Funkgesprächs, das tatsächlich im Oktober 1995 zwischen einem US-Marinefahrzeug und kanadischen Behörden vor der Küste Neufundlands stattgefunden hat. Es wurde am 10. Oktober 1995 vom Chief of Naval Operations veröffentlicht.

Amerikaner: Bitte ändern Sie Ihren Kurs um 15 Grad nach Norden, um eine Kollision zu vermeiden.

Kanadier: Ich empfehle, *sie* ändern *ihren* Kurs 15 Grad nach Süden, um eine Kollision zu vermeiden.

Amerikaner: Dies ist der Kapitän eines Schiffs der US-Marine. Ich sage noch einmal: Ändern *sie* *ihren* Kurs.

Kanadier: Nein. Ich sage noch einmal: *Sie* ändern *ihren* Kurs.

Amerikaner: Dies ist der Flugzeugträger «US Lincoln», das zweitgrösste Schiff in der Atlantikflotte der Vereinigten Staaten. Wir werden von drei Zerstörern, drei Kreuzern und mehreren Hilfsschiffen begleitet. Ich verlange, dass *sie* *ihren* Kurs 15 Grad nach Norden, das ist einsfünf Grad nach Norden, ändern, oder es werden Gegenmassnahmen ergriffen, um die Sicherheit dieses Schiffes zu gewährleisten.

Kanadier: Wir sind ein Leuchtturm. *Sie* sind dran.

Und zum Abschluss nochmals ein chaotischer Salto vorwärts. Albert Einstein stellt bescheiden-unbescheiden fest: «Nur ein Genie beherrscht das Chaos».

Das scheint mir eine würdige Überleitung zum Referat von Herrn Regierungsrat Claudio Lardi. Den ich – pro specie rara – als gescheiten Erziehungsdirektor schätzen gelernt habe.



Zusammenfassung des Referates «Konturen in der Bildungslandschaft Graubünden»

Regierungsrat Claudio Lardi

Anlässlich der diesjährigen Delegiertenversammlung von *Lehrpersonen Graubünden (LGR)* referierte Regierungsrat Claudio Lardi über die «Konturen in der Bildungslandschaft Graubünden». Im Rahmen seiner Ausführungen orientierte er über die nächsten Schritte, welche sich vor dem Hintergrund der Rückmeldungen zum «Kernprogramm» immer deutlicher abzeichnen. Zusammenfassend lässt sich Folgendes festhalten:

- Die im Bündner Volksschulbereich anstehenden Änderungen und Neuerungen sind so umfangreich, dass sich eine Neugestaltung der gesetzlichen Grundlagen aufdrängt. Ein neu zu schaffendes Volksschulgesetz wird das heutige Schulgesetz, das heutige Kindergartengesetz und den schulischen Teil des heutigen Behindertengesetzes ablösen.
- Das neue Volksschulgesetz wird u.a. die Basis für einen zweijährigen obligatorischen Kindergartenbesuch ab dem 4. Lebensjahr schaffen. Dieses Vorhaben entspricht auch dem interkantonalen Projekt «HarmoS».
- Die Lehrpläne und Stundentafeln aller Schulstufen werden – in Zusammenarbeit und Koordination mit den anderen Kantonen – überprüft und gestrafft. Dabei erhalten auch die Neugestaltung des 8. Schuljahres (Übertritt ins Kurzzeitgymnasium) sowie die Neugestaltung des 9. Schuljahres (Vorbereitung auf Berufslehren und weiterführende Schulen) ein grosses Gewicht.
- Im Sinne eines parlamentarischen Auftrages wird in der dritten Primarklasse eine erste Fremdsprache und in der fünften Primarklasse eine zweite Fremdsprache eingeführt. Für die Festlegung der Reihenfolge, nach welcher die beiden Fremdsprachen (d.h. eine zweite Kantonssprache und Englisch) in den Bündner Pri-

marschulen eingeführt werden, sind die politischen Verantwortungsträger gefordert. Wichtig sind Rahmenbedingungen, welche es den Schülerinnen und Schülern ermöglichen, bis zum Ende ihrer obligatorischen Schulzeit – gemäss den Vorgaben der EDK – in beiden Fremdsprachen gleichwertige Kompetenzen zu erwerben.

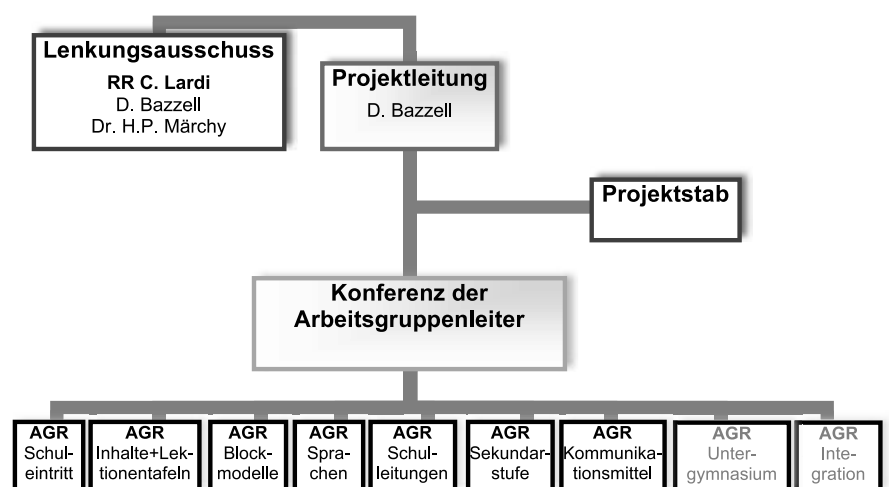
- Das neue Volksschulgesetz soll u. a. auch die Grundlage schaffen für die Einführung von 40 Schulwochen, einen flexibilisierten Schuleintritt, Kombi-Klassen für die ersten zwei Schuljahre, Blockunterricht, Kompaktwochen und Schulleitungen.
- Im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) hat der Kanton Graubünden – wie alle Kantone – die Aufgabe, die neue Regelung in einem entsprechenden Sonderschulkonzept zu formulieren. Dieses wird u.a. vom Anliegen getragen sein, die Bündner Volksschule der Zukunft so integrativ wie möglich zu gestalten.
- Betreffend Beibehaltung des Untergymnasiums hat der Grosse Rat in der Au-

gustsession 2006 einen Auftrag überwiesen. Damit wird die Regierung verpflichtet, die Frage über die Beibehaltung des Untergymnasiums dem Parlament zur Diskussion und zum Beschluss vorzulegen. Der Entscheid des Grossen Rates ist nach intensiven Abklärungen für das Jahr 2008 zu erwarten. Er wird als verbindliche Grundlage für die weitere Planung dienen.

- Zur Aufarbeitung der anstehenden Neuerungen wird im Erziehungsdepartement eine Projektorganisation mit verschiedenen Arbeitsgruppen eingesetzt. In diesen ist u.a. auch die Mitwirkung von Lehrerinnen und Lehrern sowie von anderen Fachpersonen vorgesehen.

Am Schluss seiner Ausführungen dankte Claudio Lardi dem scheidenden LGR-Präsidenten für sein grosses Engagement im Dienste des Bündner Schulwesens. Lardi bezeichnete Christian Gartmann als einen «kritischen Freund», auf den er und sein Departement sich auch in Zeiten harter Auseinandersetzungen immer verlassen konnten.

Chur, 22. September 2006



Protokoll der Delegiertenversammlung des Verbandes Lehrerinnen und Lehrer Graubünden

vom 22. September 2006, 13.30 Uhr im Kongresszentrum in Davos

1. Begrüssung

LGR-Präsident Christian Gartmann begrüsst die Schulhausdelegierten und Gäste, insbesondere die Standespräsidentin Agathe Bühler-Flury, die Referenten Dr. Anton Strittmatter und RR Claudio Lardi; Robert Ambühl, Mitglied Kleiner Landrat Davos; Bruno Claus, Präsident der Kommission Bildung und Kultur; Dany Bazzell, AVS; Dr. Hans Peter Märchy, Amt für Höhere Bildung; Dr. Gion Lechmann, Bündner Kantonsschule; Peter Voellmy, PFH; Luzius Meyer, Lehrpersonenweiterbildung; Peter Andres, Gewerbeschule Chur; Joos Weber, Schulleitervereinigung; Vertreterinnen und Vertreter der Schulleitung Davos, insbesondere Susi Meisser und Martin Flütsch; Rechnungsrevisorin Anna Bantli; verschiedene PräsidentInnen resp. VertreterInnen der Stufen- und Fachorganisationen sowie die zahlreich erschienenen Medienvertreter.

Entschuldigt haben sich verschiedene Gäste und auch einige Schulhausdelegierte.

Robert Ambühl (Vorsteher des Departementes für Schule, Soziales und Jugendsportförderung) heisst als Vertreter der Gemeinde Davos alle Anwesenden herzlich willkommen. Als Einstimmung zu den Referaten von Dr. Anton Strittmatter und RR Claudio Lardi macht er sich einige persönliche Gedanken zum «Chaos in der Bildungslandschaft».

Präsident Christian Gartmann führt mit folgenden Worten zu den beiden Referaten über: Der Wandel in der Gesellschaft beeinflusst Schule und Kindergarten. Schulen müssen sich entwickeln und verändern, weil sich das Umfeld und die Lernanforderungen ändern. Die Weiterentwicklung der Schule ist eine Daueraufgabe. So betrach-

tet sind Reformen eigentlich nichts Neues. Neu ist nur die gegenwärtige Anhäufung der Reformvorhaben.

Frühfremdsprache, Integration, Blockzeiten und Tagesstrukturen, Grund- und Basisstufe, Deutschschweizer Lehrplan, HarmoS sind nur einige Stichworte, welche für die künftige Entwicklung der Schule stehen. Diese Reformhektik führt bei vielen Lehrpersonen zu Verunsicherung oder gar zu Ängsten. Man fragt sich, ob diese vielen Schulentwicklungsprojekte wirklich alle zur Umsetzung gelangen oder ob ein grosser Teil versandet oder in Schubladen verschwindet.

Die Fülle der lancierten Entwicklungsprojekte führt auch dazu, dass kaum jemand noch die Übersicht übers Ganze hat, bzw. die Auswirkung abschätzen kann.

Mit der heutigen Tagung möchten wir einen Beitrag leisten, um einen Überblick über



den aktuellen Stand und die Perspektiven der Volksschule und des Kindergartens zu erhalten.

Mit Dr. Anton Strittmatter, Leiter der pädagogischen Arbeitsstelle des LCH als Referent, haben wir einen Kenner der Szene gewinnen können. Er beleuchtet das Chaos und die Konturen der Bildungslandschaft aus schweizerischer Sicht.

Diese zu einem grossen Teil auf schweizerischer Ebene lancierten Schulentwicklungsprojekte finden sich entsprechend auch im Kanton Graubünden. Eine Auslegeordnung dazu wurde mit dem sogenannten Kernprogramm 2010 gemacht. Anschliessend ans Referat von Anton Strittmatter wendet sich unser Bildungsdirektor Claudio Lardi mit einem Kurzreferat an uns. Wir hoffen, dass er sich nach der nun vorliegenden Auswertung der Rückmeldungen zum Kernprogramm auch über konkrete Schritte der Weiterentwicklung der Bündner Schule äussert. Wir sind jedenfalls gespannt auf die Neuigkeiten, welche wir heute von ihm erfahren werden.

(Den Wortlaut des Referates von Dr. A. Strittmatter und eine Zusammenfassung des Kurzreferates von RR Lardi finden Sie ab Seite 5 dieses Schulblattes.)

Statutarischer Teil der DV LGR

Verstorbene KollegInnen

Zu Beginn der Sommerferien ist Isabelle Wälchli im blühenden Alter von 26 Jahren bei einem schweren Autounfall ums Leben gekommen. Isabelle hat nach ihrem Studium zur Sekundarlehrerin ein Jahr auf der Lenzerheide unterrichtet.

Vor drei Wochen ist Theodor Müller im Alter von 58 Jahren an einer schweren Krankheit gestorben. Teddy, wie ihn alle nannten, wirkte während 37 Jahren an der Schule von Seewis. Mit grossem Verantwortungsbeusstsein und viel Einsatz hat er unzählige Seewiser Kinder während ihrer Schulzeit begleitet und unterrichtet.

Wahl der StimmzählerInnen

Als StimmzählerInnen werden Normanda Fehr, Bruno Flepp und Urs Kalberer gewählt.

2. Protokoll der DV vom 23. September 2005 in Thusis

Das im Schulblatt September/Oktober 2005 veröffentlichte Protokoll der letztjährigen DV wird einstimmig genehmigt und verdankt.

3. Bericht der Geschäftsleitung

Der Jahresbericht der LGR-Geschäftsleitung 2005/2006 wurde vom Präsidenten und von der Sekretärin verfasst und im Schulblatt Juli/August 2006 veröffentlicht. Der Jahresbericht wird diskussionslos genehmigt.

Zusätzliche Berichte zu Zusammentreffen mit Verantwortlichen der PH und des EKUD im Frühjahr 2006 wurden im Juli-Schulblatt 05/06 abgedruckt.

4. Orientierung über anstehende Geschäfte

Viele Reformen stehen an. Wenn wir uns das Kernprogramm vor Augen halten oder an die Ausführungen der Referenten im ersten Teil der DV denken, werden der Geschäftsleitung die Themen noch lange nicht ausgehen.

Veränderungen sind gut und wünschenswert, wenn die Situation nachher besser ist als vorher. Gut ist eine Änderung, wenn die positiven Effekte allfällig negative Begleiterscheinungen bei weitem überwiegen. Leider ist es aber so, dass Reformen vielfach die Schule nicht verbessern, sondern nur verändern – und das genügt nicht.



Die Geschäfte, die wir behandeln sind sehr vielfältig und können meist nicht in allen Details kommuniziert werden. Uns ist es aber wichtig, dass die Basis möglichst gut über unsere Arbeit informiert wird und dass umgekehrt die Anliegen der Basis auch an uns herangetragen werden. Neben dem Jahresbericht, den Berichten aus der Geschäftsleitung im SB und den Pressemitteilungen erachten wir es als notwendig, dass sich die Geschäftsleitung auch an der DV zu aktuellen Themen äussert und ihre Politik und Standpunkte der Basis und einer breiten Öffentlichkeit bekannt macht. Wir haben für dieses Jahr folgende Schwerpunkte ausgewählt:

Frühfremdsprachunterricht

Die Fremdsprachenfrage ist in den meisten Kantonen ein «Dauerbrenner» geblieben. In den Kantonen SH, TG und ZG sind in letzter Zeit Volksinitiativen für nur eine Fremdsprache auf der Primarstufe knapp abgelehnt worden. Die Bündner Lehrerschaft vertritt in dieser Frage eine eindeutige Position. Sie hat sich aus pädagogischen Gründen für nur eine Fremdsprache auf der Primarstufe ausgesprochen. Durch zwei Fremdsprachen schon ab der 5. Klasse wären nicht nur fremdsprachige, sondern auch viele Schweizer Kinder überfordert. Erste Priorität muss an der Primarschule die Erstsprache haben.

Das Beherrschen der deutschen Sprache in Wort und Schrift ist Voraussetzung für das Lernen in allen Bereichen. Auf diesem Fundament kann in der Oberstufe aufgebaut werden.

Mit der Unterstützung des Modells 3/7 haben wir ja gesagt zu einem qualitativ hoch stehenden Fremdsprachunterricht an der Volksschule unseres Kantons. Wir sind für eine Fremdsprache an der Primarschule, diese dafür richtig. Eine zweite soll erst auf der Sekundarstufe I eingeführt werden. Die ganzheitliche Bildung muss gewährleistet bleiben. Der musische Bereich darf nicht abgebaut werden.

Die Lehrpersonen in allen drei Sprachgebieten unseres Kantons haben vor einem Jahr anlässlich einer Urabstimmung die Einführung einer zweiten obligatorischen Fremdsprache sehr deutlich abgelehnt. Knapp die Hälfte der Lehrerschaft sieht die Einführung einer freiwilligen zweiten

Fremdsprache als Möglichkeit für leistungsfähige Schülerinnen und Schüler.

Die Geschäftsleitung des LGR ist an das klare Ergebnis dieser Umfrage gebunden. Sie ist sich aber bewusst, dass das künftige Bündner Sprachenkonzept sprachregional koordiniert sein muss. An der Tatsache, dass sich die EDK-Ost-Kantone für Englisch als erste Fremdsprache ausgesprochen haben, kann Graubünden nicht vorbeischaun. Wegweisend, ob in diesen Kantonen künftig eine oder zwei Fremdsprachen in der Primarschule unterrichtet werden, wird der Ausgang der Abstimmung im Kanton Zürich zu dieser Frage sein. Gespannt darf man auch sein, welche Vorschläge die Bündner Regierung aufgrund des FDP-Vorstosses machen wird, welcher Englisch auf der Primarstufe verlangt.

HarmoS

HarmoS heisst das Projekt, welches die Volksschule landesweit und sprachregional besser koordinieren will. Der Kindergarten soll in die Volksschule integriert werden. Der Eintritt soll bereits mit 4 Jahren erfolgen. Kantone müssen für Blockzeiten und Tagesstrukturen sorgen. Gesamtschweizerisch verbindliche Bildungsstandards werden erarbeitet. Es werden Kompetenzniveaus festgelegt, welche im zweiten, sechsten und neunten Schuljahr von den Schülerinnen und Schülern erreicht werden sollen. Diese Bildungsstandards werden in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Sie werden Lehrpläne beeinflussen und die Leistungen unserer Kinder national vergleichbar machen. Gefragt sind in unserer kleinen Schweiz nicht mehr kantonale sondern sprachregionale Lehrpläne. Am Konzept für einen Deutschschweizer Lehrplan wird bereits gearbeitet. Dieser gemeinsame Lehrplan bezweckt, noch bestehende Mobilitätshindernisse abzubauen und die Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Lehrmittel zu erleichtern. Ebenso besteht die berechtigte Hoffnung, dass die Volksschule mit Hilfe der Bildungsstandards bei anschliessenden Schulen und Lehrbetrieben wieder das Vertrauen des Volksschulabschlusses gewinnen kann. Es bietet sich die Chance, die Qualität der Schule besser zu kommunizieren.

Die GL LGR unterstützt die koordinierte Stellungnahme des Dachverbandes LCH

zum HarmoS-Projekt. Ausserdem haben wir eine Stellungnahme zuhanden der kantonalen Instanzen verfasst (nachzulesen auf unserer Homepage), damit diese Kenntnis haben, wie die Lehrerschaft zu HarmoS steht. Wir haben im Besonderen bemängelt, dass die Fremdsprachenfolge nicht Inhalt des Konkordates ist, was ein Widerspruch zu HarmoS ist. Denn mit den bestehenden Wahlfreiheiten der Kantone bleibt ein entscheidendes Mobilitätshindernis bestehen. Wir unterstützen grundsätzlich einen früheren Eintritt in den Kindergarten. Ein solcher erfordert aber auch eine Neugestaltung der Einschulung im Sinne einer Grund- oder Basisstufe. Die Kombi-Klassen, d.h. das sog. «Bündner Modell Basisstufe», vermögen dem Grundgedanken eines flexibilisierten Schuleintritts in keiner Art und Weise zu genügen.

Wir vertreten die Meinung, dass HarmoS ein gangbarer Weg für eine minimale Harmonisierung unseres Schulsystems ist und somit auch eine Verbesserung der Situation für die zunehmende Mobilität in der Schweiz bringen wird.

Die Schweiz verfügt heute über gute Bedingungen für den Unterricht: Die Qualität der Infrastruktur und die Kompetenz der Lehrpersonen sind im internationalen Vergleich sehr gut. Eine bessere Koordination führt zu einer grösseren Sicherheit, was man wann zu tun und zu erreichen hat. Das fördert klar die Qualität.

Integration und Separation

Durch den neuen Finanzausgleich (NFA) zwischen dem Bund und den Kantonen werden sonderpädagogische Einrichtungen ganz in die Zuständigkeits- und Finanzhoheit der Kantone gegeben. Dies führt in allen Kantonen zu Fragen wie: Wie viel Separation, wie viel Integration? Welche Schulungsform wird Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen besser gerecht?

An solchen Fragen scheiden sich die Geister. Im Mittelpunkt der Überlegungen sollen aber das Wohl und die Entwicklungschancen des Kindes stehen. Zum Wohl des Kindes wünscht man, dass Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam unterrichtet werden. Binnendifferenziertes Lehren und ein natürliches Lernen in heterogenen Gruppen als Bereicherung für alle, soll Zukunft haben. Der individuell erhöhte För-

derbedarf einzelner Schüler soll durch heilpädagogische Lehrpersonen abgedeckt werden.

Das Unterrichten in solch heterogenen Klassen stellt aber hohe Anforderungen an die Klassenlehrperson und an die heilpädagogische Fachkraft. Wir fragen uns: Wie kann eine Lehrperson den Spagat zwischen der optimalen Förderung von besonders Begabten bis hin zu Lernbehinderten in derselben Klasse unter den heutigen Bedingungen schaffen. Die heute im Einsatz stehenden Lehrpersonen sind auf diese Anforderungen weder vorbereitet, noch sind sie dafür ausgebildet.

Im Kanton Aargau ist die sog. Integrative Schulungsform schon seit einigen Jahren eingeführt. Eine kürzlich veröffentlichte Untersuchung zeigt eine ernüchternde Bilanz. Im Aargau sind in den letzten Jahren wieder mehr Kinder in Klein- oder Einführungsklassen «ausgesondert» worden. Warum hat das an sich wertvolle Anliegen der Integration von lernschwachen und lernbehinderten Kindern nicht Fuss fassen können? Der Bericht kommt zum Schluss, dass zu grosse Klassen, zu wenig Unterstützung in der Einzelsituation, ein grosses Pensum der Lehrperson dazu führen, dass für schwierige Kinder nicht genügend Ressourcen vorhanden seien. Ohne eine Veränderung der Rahmenbedingungen werde sich an der Aussonderungspraxis kaum etwas ändern.

Wenn man ernsthaft in diese Richtung gehen will, müssen die Arbeits- und Rahmenbedingungen angepasst werden: Angemessene Klassengrössen, Entlastungsstunden, Fachberatung, Zeitgefässe für die aufwändige Zusammenarbeit, Infrastruktur (Gruppenräume) und vor allem genügend ausgebildete Heilpädagogen. Der LGR setzt sich deshalb beim EKUD und bei der Leitung der PH GR dafür ein, dass ein Ausbildungsangebot für heilpädagogische Lehrpersonen, sowie ein Weiterbildungsangebot für die Regelklassenlehrpersonen bereitgestellt wird. Das ist mit zusätzlichen finanziellen Ressourcen verbunden. Eine totale Integration kommt nach unserer Auffassung wesentlich teurer als die heutige Lösung.

Wir wenden uns keineswegs gegen eine verstärkte Integration. Integration ist wünschenswert und gut – aber sie hat ihre Grenzen und diese müssen respektiert wer-

den. Wir möchten Integration und Separation nicht als Wertbegriffe verstanden haben, sondern als gleichwertige Gestaltungsmittel. Zum Wohle aller Schülerinnen und Schüler brauchen wir beides. Es ist ein Paradigmawechsel und dazu ist in jedem Fall eine lange Zeitspanne der Entwicklung und Umsetzung notwendig.

Untergymnasien

«Untergymnasium ja oder nein» hat die Gemüter am Anfang dieses Jahres über Monate erhitzt. Entsprechend zahlreich waren die Leserbriefe. Der LGR hat sich in dieser Frage stark exponiert und an verschiedenen Veranstaltungen und auch über die Medien eine klare Position bezogen. Eine wesentliche Voraussetzung zur Stärkung der Volksschuloberstufe ist der Verzicht aufs Untergymnasium, wie er im Kernprogramm der Regierung vorgesehen ist.

Auch ein interkantonaler Vergleich zeigt, dass mehr als die Hälfte der Kantone kein Langzeitgymnasium führt und dass der Zugang zu den Gymnasien auch so funktioniert.

Man muss nun immer mehr feststellen, dass der politische Wille für eine radikale Lösung in unserem Kanton nicht vorhanden ist. Regionalpolitische Argumente werden mehr gewichtet als bildungspolitische und pädagogische Ziele. Mit dem Auftrag von Bruno Claus, der vor drei Wochen vom Grossen Rat überwiesen wurde, wird verhindert, dass die Regierung in eigener Kompetenz das Untergymnasium abschaffen kann. Es ist zu hoffen, dass dieser Auftrag letztlich nicht nur dazu führt, den Status quo betreffend Untergymnasium zu erhalten. So würde man die Chance für eine Umstrukturierung der Sekundarstufe I und damit auch die Möglichkeit zur Stärkung der Volksschuloberstufe verpassen.

Ich bin sicher, dass sich Bruno Claus als neu gewählter Präsident der Bildungskommission und das Bündner Parlament auch der Verantwortung gegenüber der Volksschule bewusst ist. Wenn die Untergymnasien in der heutigen Form weiter bestehen, führt das wegen der demografischen Entwicklung zu einem verstärkten Verteilungskampf der Schülerinnen und Schüler auf der Sekstufe I. Die Anzahl Schülerinnen und Schüler für die Volksschuloberstufen und die zahlreichen Untergymnasien sind

in Zukunft schlicht nicht mehr vorhanden. Aus wirtschaftlichen Überlegungen werden die privaten Mittelschulen bestrebt sein, möglichst gleich viele Schülerinnen und Schüler ins Untergymnasium zu rekrutieren wie heute. Das hätte zur Folge, dass auf Grund des starken Schülerrückganges, künftig weniger Schüler über die Sekundarschule ins Gymnasium eintreten. Die Verliererin wird die Volksschuloberstufe sein, und das vor allem punkto Qualität. Die Oberstufe würde geschwächt statt gestärkt, wie es die Regierung mit dem Kernprogramm beabsichtigt.

Gefragt sind nun intelligente Lösungen, welche die Anliegen der Untergymnasien und der Oberstufenschulen berücksichtigt. Denkbar ist auch eine Zusammenarbeit zwischen den bestehenden Gymnasien und den Volksschuloberstufen. Und da sind alle gefordert!

Teilzeitarbeit und Feminisierung an der Schule nehmen zu

Die teils markante Abnahme der Schülerzahlen wird sich stärker auswirken als man noch vor ein paar Jahren annahm, weil viele Kleinstschulen schon seit längerer Zeit unterdotierte Klassenbestände haben. Die Folge ist ein Stellenrückgang, welcher in verschiedenen Regionen sehr ausgeprägt ist. Die wegfallenden Pensum können nicht einfach mit natürlichen Mutationen ausgeglichen werden. Es wird auch zu Entlassungen kommen müssen. Da die PH GR mehr Lehrpersonen ausbildet als der Markt verlangt, wird der Lehrerüberfluss auf der Primarstufe und im Kindergarten noch zunehmen.

Kleinere Schülerzahlen und das geltende Subventionierungsmodell haben zur Folge, dass Klassen der Unter- und Mittelstufe nicht mehr geteilt werden. Diese Reduktion von Unterrichtslektionen führt zu immer weniger vollen Pensum. Immer mehr Primarlehrpersonen arbeiten heute in einem Teilpensum, wobei der Anteil der unfreiwilligen Teilpensum zugenommen hat.

Wenn wir uns die Stelleninsetrate im letzten Schuljahr vor Augen halten, können wir feststellen, dass es sich grösstenteils um Teilzeitstellen handelte. Der Tendenz der vermehrten Teilzeitlehrkräfte sind aber Grenzen gesetzt. Wie soll ein Familienvater seine Familie ernähren, wenn er nur noch

ein 80%-Pensum hat? Diese Entwicklung der Abteilungs- und Pensengrössen wirkt sich nachteilig für die Schule als Ganzes aus. Es ist auch zu befürchten, dass das Image des Lehrerberufes darunter leidet, weil das Unterrichten an der Volksschule vermehrt zu einem Teilzeitjob wird.

Etwas anders sieht es im Bereich der Oberstufe aus. Dort zeigen sich gewisse Probleme bei der Rekrutierung von qualifizierten Lehrkräften, vor allem im mathematischen Bereich. Die Situation könnte sich noch verschärfen, weil in den nächsten 10 Jahren verhältnismässig viele Oberstufenlehrpersonen pensioniert werden.

Auch die Feminisierung im Lehrerberuf, vor allem auf der Primarstufe, wird immer mehr zum Thema in der Öffentlichkeit. In der Schweiz sind rund 80% der Lehrpersonen auf der Primarstufe Frauen. Verschiedene Schulbehörden und auch Eltern wünschen, dass die Kinder während der Primarschulzeit nicht nur von weiblichen Lehrpersonen unterrichtet werden. Man will wieder mehr Primarlehrer für diese Stufe gewinnen. Aus diesem Grunde haben männliche Bewerber zur Zeit auf dem Stellenmarkt eindeutig die besseren Chancen.

Mit der neuen Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule erhoffte man sich, dass wieder mehr Männer diesen Beruf ergreifen würden. Das Gegenteil ist eingetreten, der Anteil an männlichen Studenten hat weiter abgenommen.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, muss der Lehrerberuf auch für Männer wieder attraktiver werden. Neben Fragen der Entlohnung und der Arbeitsbedingungen muss dringend der Problembereich des gesellschaftlichen Ansehens thematisiert werden. Es braucht eine Imagekampagne, mit der man die Bedeutung und die Perspektiven dieses Berufes aufzeigt. Diesbezüglich ist schwer gesündigt worden. Die Schere zwischen Belastungen und Anforderungen einerseits und der Wertschätzung in der Öffentlichkeit und in politischen Gremien andererseits hat sich in den letzten Jahren immer mehr geöffnet. Es braucht auch eine Imagepflege durch die Lehrpersonen selbst. Und da ist vor allem auch der LGR gefordert.

Anstellungs- und Arbeitsbedingungen

Der LGR ist nicht nur eine standes- und bildungspolitische Organisation, sondern vor allem auch eine Gewerkschaft, die sich für faire Anstellungs- und Arbeitsbedingungen für alle Mitglieder einsetzen muss. Der sich abzeichnende wirtschaftliche Aufschwung wird auf der ganzen Breite wieder zu Lohnbegehren führen. Auch die Gemeinden und der Kanton schreiben wieder schwarze Zahlen, so dass auch die Lehrerschaft von diesem Aufschwung profitieren muss. Bei der letzten LBV-Revision vor 2 Jahren ging es um eine Harmonisierung der Lehrerlöhne. Diese führte zu einer Lohnanpassung für die Kindergärtnerinnen, die Reallehrerschaft und die Fachlehrpersonen der Oberstufe. Fürs Gros der Lehrerschaft liegt eine Lohnanpassung weit zurück.

Die Zeit ist reif, dass wir nach den Jahren der Sparmassnahmen unsere schon lange deponierten Forderungen wieder aufgreifen: Ein Pflichtpensum von 28 L/W und die Anpassung der Lehrerlöhne ans ostschweizerische Mittel. Die aktuelle Besoldungsstatistik zeigt mit aller Deutlichkeit, dass in diesem Bereich Handlungsbedarf ist.

Neben dieser generellen Forderung muss sich der LGR weiterhin vehement dafür einsetzen, dass die innerkantonalen Unterschiede im Bereich der Arbeits- und Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen nicht noch grösser, sondern abgebaut werden. Um diese negative Entwicklung zu stoppen hat die SP-Grossratsfraktion in der letzten Session einen entsprechenden Auftrag an die Regierung eingereicht. Wir hoffen, dass die Regierung sich bereit erklärt, diesen Auftrag entgegenzunehmen und nicht einfach mit dem Hinweis auf die Gemeindeautonomie ablehnt.

Die Volksschule muss für die Lehrkräfte wieder attraktiver werden. Nur so bleiben der Schule gute Lehrkräfte erhalten, die mit einer hohen Berufszufriedenheit der wichtigen Arbeit für die Jugend und für die Gesellschaft nachgehen. Gute Schulen – oder noch präziser: guter Unterricht – kann nur mit guten Lehrkräften innerhalb guter Anstellungs- und Arbeitsbedingungen, verkraftbaren Belastungen und entsprechenden Ressourcen gemacht werden!

5. Finanzielles

Erfolgsrechnungen und Bilanzen

Die **Erfolgsrechnung LGR** vom 1. September 2005 bis 31. August 2006 weist einen Aufwand von Fr. 344 582.25 und einen Ertrag von 555 551.90 auf. Der Gewinn beträgt somit Fr. 210 969.65. Dieser ausserordentlich hohe Gewinn ist dank der Übertragung des Gesamtvermögens des ehemaligen Bündner Verbandes für Handarbeit und Unterricht BVHU auf den LGR zu Stande gekommen. Der Präsident Christian Gartmann bedankt sich an dieser Stelle nochmals ganz herzlich bei den ehemaligen Verantwortlichen des VBHU, insbesondere bei Hans Finschi und Dionys Steger. Der geschenkte Betrag wurde auf ein separates Konto überwiesen, die Verwendung des Geldes ist in gemeinsam erarbeiteten Richtlinien geregelt und soll für spezielle Lehrpersonenveranstaltungen verwendet werden. Das Eigenkapital beläuft sich per 31. August 2006 auf Fr. 454 881.94.

Die **Unterstützungskasse** schliesst bei einem Aufwand von Fr. 1247.51 und einem Ertrag von Fr. 4999.10 mit einem Gewinn von Fr. 3751.59 ab. Das Eigenkapital beträgt neu Fr. 160 713.41.

Die beiden von der Sekretärin Beatrice Baselgia präsentierten Rechnungsabschlüsse wurden am 13. September 2006 von den RevisorInnen Anna Bantli und Klaus Ulrich kontrolliert und von der GL zuhanden der DV verabschiedet.

Revisorenbericht

Anna Bantli verliest die Revisorenberichte zur LGR-Rechnung sowie zur Unterstützungskasse. Beide Rechnungsabschlüsse und die dazugehörigen Revisorenberichte werden einstimmig genehmigt.

Budget

Die Sekretärin Beatrice Baselgia stellt das **Budget LGR** für die Zeitperiode vom 1. September 2006 bis 31. August 2007 vor, welches einen Aufwand von Fr. 354 300.– und einen Ertrag von Fr. 348 500.– vorsieht. Damit wird ein Aufwandüberschuss von Fr. 5800.– prognostiziert.



Willi Eggimann, Hans Finschi und Dionys Steger bei der Übergabe des BVHU-Vermögens

Festlegung des Jahresbeitrages

Die GL schlägt der DV vor, den Jahresbeitrag auf der Höhe des Vorjahres zu belassen, obwohl im vergangenen Geschäftsjahr ein deutliches finanzielles Plus zu verzeichnen war. Aufgrund der rückläufigen SchülerInnenzahlen wird auch die Anzahl der tätigen Lehrpersonen sowie die Anzahl der Vollpensen sinken, weshalb mit Mindereinnahmen bei den Mitgliederbeiträgen zu rechnen ist. Deshalb ist nach Meinung der GL auf eine Senkung des Mitgliederbeitrages zu verzichten.

Das Budget und die Beibehaltung der Jahresbeiträge werden von den Delegierten einstimmig genehmigt.

6. Wahlen

Wahl des Präsidiums

Christian Gartmann hatte bereits an der letzten DV in Thusis angekündigt, dass er sich dieses Jahr nicht mehr für eine Wiederwahl zur Verfügung stellen werde. Gemäss Statuten wird nur der Präsident oder die Präsidentin des LGR von den Delegierten gewählt; die übrigen Geschäftsleitungsmitglie-

der werden vom jeweiligen Stufen- oder Fachverband gewählt. Damit jedes Mitglied die Möglichkeit hatte, sich fürs Präsidium zu bewerben, hat die GL im Februar-Schulblatt dieses Amt ausgeschrieben. Erwartungsgemäss ist die GL nicht mit Bewerbungen überhäuft worden, so dass diese die Suche selbst an die Hand nehmen musste. Der Kandidat der Geschäftsleitung heisst Fabio Cantoni. Er ist 40-jährig, verheiratet und Vater von 2 schulpflichtigen Kindern. Er ist Primarlehrer und unterrichtet seit 19 Jahren in Chur. Zur Zeit ist er Schulhausvorsteher im Schulhaus Lachen mit rund 50 Angestellten und 330 Schülerinnen und Schülern.

Fabio Cantoni ist Hauptredaktor der Churer Schulzeitung und Präsident der Betriebskommission der Stiftung Ferienkolonie der Stadt Chur. Zudem hat er eine viersemestri- ge Management- und Führungsausbildung an der AKAD in Zürich absolviert und an verschiedenen Ausbildungskursen zu Schul- leitungsthemen teilgenommen. Er bringt viele Erfahrungen und einen beachtlichen Leistungsausweis mit sich. Als langjähriger Präsident des Lehrervereins Chur und Mit-

glied der städtischen Personalkommission ist ihm der gewerkschaftliche Bereich bestens vertraut.

Fabio Cantoni arbeitet speditiv und äusserst zielstrebig. Er ist es gewohnt viel zu leisten. Er ist bereit, seine Fähigkeiten nun auch auf kantonaler Ebene einzusetzen. Die GL ist überzeugt, dass sie heute der Delegiertenversammlung einen ausgezeichneten Kandidaten fürs Präsidium vorschlagen kann.

Die Delegierten machen keine weiteren Vorschläge und wählen Fabio Cantoni mit einem herzlichen und kräftigen Applaus.

Fabio Cantoni bedankt sich bei den Anwesenden für die Wahl und fühlt sich motiviert, die Aufgabe als Präsident LGR zu übernehmen.

Wahl der RevisorInnen

Anna Bantli und Klaus Ulrich werden mit einem herzlichen Applaus für weitere drei Jahre in ihrem Amt bestätigt.

7. Anträge von Schulhausteams und Fach- und Stufenkonferenzen

Es sind keine Anträge eingegangen.

8. Mitteilungen und Umfragen**LCH-Online-Umfrage zur Berufszufriedenheit**

Christian Gartmann bittet die Schulhausdelegierten ihre Kolleginnen und Kollegen zu motivieren an der Online-Umfrage des LCH teilzunehmen (www.lch.ch).

Verabschiedung des Vizepräsidenten Gian Fontana

Christian Gartmann bedankt sich bei Gian Fontana für seine Arbeit beim Aufbau des LGR und seine 7-jährige aktive und sehr engagierte Mitarbeit in der GL. Entscheidend war sein Engagement auch bei der Fusion der Fachverbände VBSK und Bülega zum HLGR.

Ein besonderes Anliegen von Gian Fontana war der gewerkschaftliche Bereich, den der LGR wahrnimmt. Er setzte sich vehement für die Verbesserungen der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen aller Lehrpersonen ein. Im Namen der GL und der Anwesenden bedankt sich Christian Gartmann für den grossen Einsatz und wünscht Gian Fontana beruflich und auch privat alles Gute für die Zukunft.



Christian Gartmann und Fabio Cantoni

**Verabschiedung des Präsidenten Christian Gartmann**

Mit einem «Blumenstraus aus Worten» verabschiedet Gian Fontana den scheidenden Präsidenten Christian Gartmann. Eine «interne Umfrage» von Gian Fontana bei der GL haben folgende Resultate ergeben: In den 100 Geschäftsleitungssitzungen, vielen weiteren Gesprächen mit verschiedenen Verhandlungspartnern und bei öffentlichen Auftritten während der vergangenen 7 Jahre war der Präsident stets weitsichtig, zielstrebig, kompetent, speditiv, sachlich, menschlich und mit gutem Verhandlungsgeschick und starkem Durchsetzungsvermögen ausgerüstet. Durch seinen Einsatz ist ein professioneller LGR entstanden, mit zweckmässigen Strukturen, einem professionellen Sekretariat, einem qualitativ hoch stehenden Schulblatt und zwei funktionierenden Beratungsstellen für Rechtsfragen und Konfliktsituationen. Auch als Gewerkschaft hat sich der LGR dank aktiver Präsenz des Präsidenten in der Öffentlichkeit positionieren können und wird bei der Regierung, im Parlament und weiteren Ansprechpartnern als wichtiger Verband wahrgenommen. Christian Gartmann tritt zurück, obwohl keine Amtsmüdigkeit zu spüren war, aber mit der Gewissheit den LGR auf Kurs gebracht zu haben und mit dem guten Gefühl das Ruder ohne Sorge einem anderen Kapitän überlassen zu können. Mit Freude werden sich die GL-Mitglieder an die unzähligen angeregten Diskussionen

und gemeinsamen Erlebnisse erinnern und verabschieden den langjährigen Präsidenten mit den besten Wünschen für die bevorstehende (Frei)zeit und mit ganz herzlichem Dank!

Die anwesenden Personen verabschieden Christian Gartmann ihrerseits mit einem warmen und lang anhaltenden Beifall. Der scheidende Präsident bedankt sich dafür bei allen Anwesenden für diesen herzlichen Applaus.

Weitere Dankesworte des Präsidenten gehen an die GL-Mitglieder und an die Sekretärin Beatrice Baselgia für die ausserordentlich gute Zusammenarbeit; an Susi Meisser für die ausgezeichnete Organisation des Anlasses; an die Schulklasse und ihren Lehrer Gian Marco Tam für die lebendigen Liedbeiträge; an die Gemeinde Davos für die Organisation und Übernahme des Apéros; an die kreativen GL-Mitglieder für die wunderschöne Dekoration des Saales und an alle Schulhausdelegierten für ihre Teilnahme an der DV.

Der abtretende Präsident Christian Gartmann schliesst die DV 2006 pünktlich um 17.00 Uhr.

Domat/Ems, 23. September 2006
Beatrice Baselgia
Sekretariat LGR